

neuen Partei, der UMNO (Baru) – Baru heißt so viel wie "neu" – erhalten habe. Der Antrag sei am 13.2. gestellt worden, genau nachdem die Deregistrierung der UMNO offiziell in Kraft getreten war. Dabei wurde ebenfalls bekannt, daß aufgrund der noch nicht offiziell in Kraft getretenen Deregistrierung der UMNO der frühere Antrag auf Registrierung der UMNO-Malaysia abgelehnt worden war. Dieser Termin war offensichtlich nur dem Innenminister Mahathir und seinen Anhängern bekannt, so daß sie genau zum richtigen Moment einen berechtigten Antrag stellen konnten. Damit hatte Mahathir vorerst die Initiative zur Legalisierung der Parteiorganisation unter seiner Kontrolle zurückgewonnen. Allerdings werden die Gründer der UMNO-Malaysia noch die Entscheidung der Registrierungsbehörde vor Gericht anfechten.

Auf die Frage von Journalisten an Mahathir, ob alle 1,4 Mio. alten UMNO-Mitglieder auch Mitglieder der "neuen" UMNO werden könnten, antwortete dieser, daß diejenigen, die gegen die Interessen der UMNO gearbeitet hätten, nicht aufgenommen werden würden. Damit sind wohl die Anhänger Razaleighs gemeint, die nach Meinung Mahathirs seine ordentliche Wahl zum Parteipräsidenten nicht akzeptieren würden und mit ihren Wahlanfechtungen der Partei schaden.

#### Wer erhält die finanzielle Erbmasse ?

Um die Aufteilung der Erbmasse der alten UMNO wird es aber voraussichtlich in der nächsten Zeit noch einige gerichtliche Auseinandersetzungen geben. Die alte UMNO ist als Partei an einer großen Zahl von Wirtschaftsunternehmen direkt oder indirekt beteiligt. Nach Angaben von Beobachtern, ist der Parteiführung selbst nicht genau der Umfang bekannt. Hinzu kommen der indirekte Einfluß auf eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen durch Protektionismus. Nach dem Vereinsgesetz wird das Vermögen einer aufgelösten Organisation einer Sonderstiftung des Finanzministeriums zugeführt oder muß zu gleichen Anteilen an die Mitglieder verteilt werden. Gibt es zu viele Mitglieder, soll es solchen Zwecken zukommen, die dem Teil der Bevölkerung zu Gute kommt, von denen die Mitglieder sich rekrutieren. Am interessantesten scheint dabei die Fleetgruppe zu sein, der zu 50,3 % der Verlag New Straits Times Press gehört. In diesem Verlag erscheinen die wichtigsten malaysischen Tageszeitungen.

zusammengestellt nach FEER v. 18.2. S.12f, 25.2.S.12f, 3.3.s.14f, 10.3.88 S.14+19 und AW 19.2. S.8-10, 26.2.88 S.17f

von Peter Franke

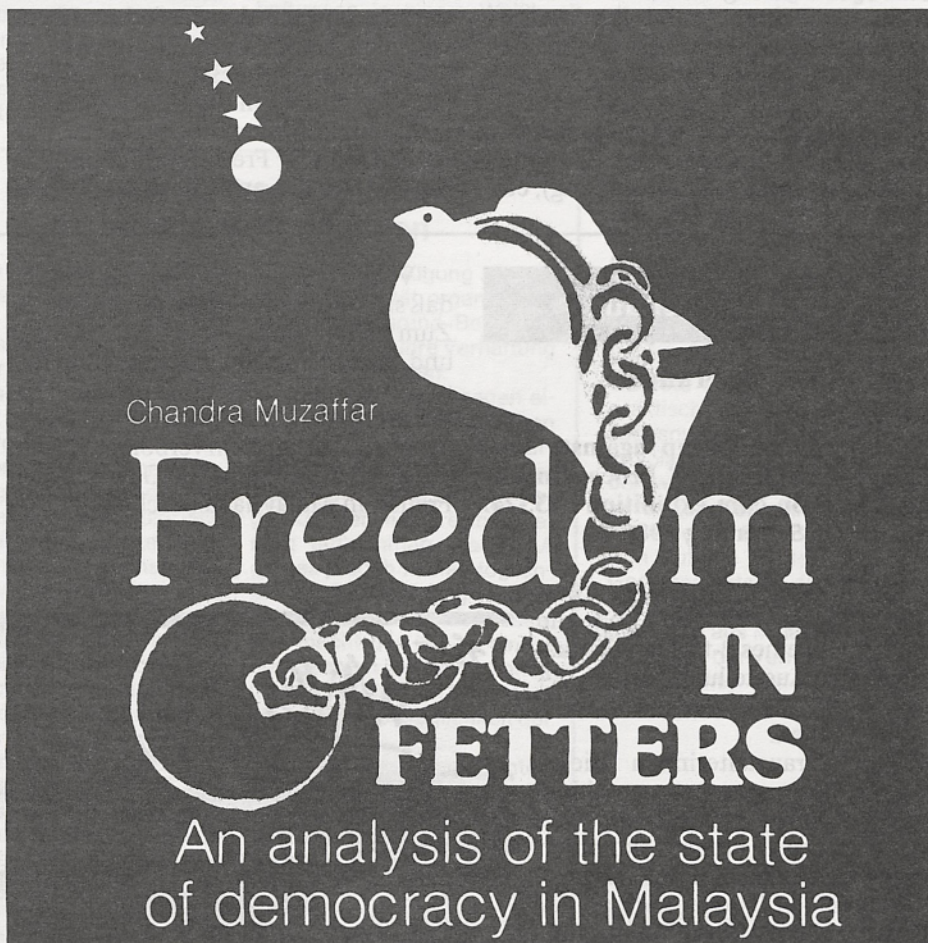
### Buchbesprechung:

**Chandra Muzaffar Freedom in Fetters - An analysis of the state of democracy in Malaysia, Penang 1986, 352 S.**

Wie steht es mit der Demokratie in Malaysia? Auf diese Frage Wie richten sich alle in diesem Buch gesammelten Aufsätze von Chandra Muzaffar, bekannter und respektierter Bürgerrechtler und Gründer ALIRANs, einer der aktivsten Bürgerrechtsorganisationen Malaysias. Es ist charakteristisch für seine faire und überlegte Gangart, daß seine Analyse in einer Formulierung gipfelt, in der die widersprüchli-

weite und die Detailkenntnisse, die in den 30 über einen Zeitraum von 10 Jahren geschriebenen Aufsätzen enthalten sind, gebührend wiederzugeben. Ich möchte hierbei nur drei, wie mir scheint, wichtige Thesen aufgreifen, deren Gültigkeit nicht allein auf Malaysia beschränkt ist.

Erstens zeigt Chandra anhand einer minutiösen Analyse der Gesetzgebung, der politischen Institutionen und der Wahlprozesse auf, daß die Rechtsstaatlichkeit zwar noch besteht, die Freiheit, die sie gewähren soll, jedoch schwer angeschlagen ist. In seinen Worten: "Es gibt etwas Freiheit. Aber diese Freiheit ist gefesselt. Als Ergebnis haben wir in Malaysia eine stark kontrollierte und



aus: Aliran Monthly 1/88

chen Entwicklungen deutlich werden: Freiheit in Fesseln.

Um die Bedeutung dieser Analyse zu erkennen, müssen wir uns vergegenwärtigen, um was für ein Land es sich bei Malaysia handelt: für wesentliche Teile der westlichen Welt um einen "Musterknaben" aus der Dritten Welt, wo das Militär den regelmäßig stattfindenden Parlamentswahlen noch kein Ende gesetzt hat; um ein sogenanntes Schwellenland, dessen ökonomische Entwicklung der Bevölkerung ein hohes Pro-Kopf-Einkommen beschert hat.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Besprechung die thematische Reich-

eingeschränkte Demokratie". Die Hauptgefahr sieht er in der Zunahme der Machtkonzentration in den Händen der Exekutive, die wiederum dem Machtanspruch der Regierungspartei (UMNO) völlig ausgeliefert ist. Hinter dieser Regierungspartei steht die malaiische Mittel- und Oberschicht. Um ihre Interessen durchzusetzen, sei die Demokratie fast zu Makulatur geworden. In einem Parlament, in dem die Regierungspartei über eine absolute Mehrheit verfügt, eignet sich die Gesetzgebung

vorzüglich als Kontrollinstrument. Chandra listet auf: Printing and Publishing Bill 1984, Dangerous Drugs Bill

1984, Universities and University College Act und, last but not least, der berüchtigte Internal Security Act, wonach jeder ohne Gerichtsverfahren verhaftet werden kann. Die Konsequenzen: eine zensierte Presse, eine unwirksame parlamentarische Opposition, gebändigte Gewerkschaften. Um so wichtiger sei das Fortbestehen einer unabhängigen Juristenschaft und der Bürgerrechtsorganisationen, die ja auch von legislativen Eingriffen des Staates bedroht sind. Mit diesen Rechtsmitteln ausgerüstet, sei es dem Staat gelungen, dem Volk elementare Menschenrechte vorzuenthalten – das Recht auf Sprache und Kultur, die akademische Freiheit, das Recht der Armen auf Entwicklung, die Versammlungsfreiheit und andere mehr. In einem zentralen Aufsatz (Democracy la Malaysia) wehrt sich Chandra – und das ist seine 2. These – gegen das Argument, dies sei alles nötig, weil Malaysia mit 3 schwerwiegenden Problemen zu kämpfen hat: Sicherheit (d.h. kommunistische Bedrohung), eth-

nische Konflikte und Entwicklung. Chandra nennt dies "Mythen" und stellt das Gegenargument auf: gerade die Lösung dieser Probleme erfordert das Vorhandensein einer funktionierenden Demokratie und die Bewahrung demokratischer Grundrechte. Sonst nähmen die Gewalt und die Korruption überhand. Die Demokratie sei kein Luxus, den sich nur westliche Nationen leisten könnten; Freiheit sei ein Grundrecht, das in allen Weltreligionen verankert ist. Sie sei Voraussetzung für die Herstellung einer stabilen und friedlichen Gesellschaftsordnung. Chandras dritte These klagt die Rechte auch aufgrund der eigenen politischen Tradition ein. Der vorkoloniale malaiische Staat erlaubte ein hohes Maß an Dezentralisierung, und auf der dörflichen Ebene war die demokratische Teilnahme an Entscheidungsprozessen weit verbreitet. Der Kampf um die Unabhängigkeit während der Kolonialzeit schärfte weiter den Sinn für Freiheit und Demokratie, der ja dann auch in das Selbstver-

ständnis der Regierungspartei (UMNO) übergegangen ist. Chandra erinnert die Regierenden daran, daß die Freiheit auch ein Inhalt ihres Kampfes gewesen war. Offensichtlich hört die Regierung nicht gerne solche Worte. Ein Jahr nach dem Erscheinen dieses Buches wurde Chandra selber Opfer des von ihm angeprangerten Internal Security Act. Knapp 2 Monate blieb er ohne jede Begründung in Haft.

Nur dem heftigen nationalen und internationalen Protest und seiner angeschlagenen Gesundheit (er leidet an Kinderlähmung und ist auf einen Rollstuhl angewiesen) ist es zu verdanken, daß er wieder auf freien Fuß kam. Leider sind diese Vorgänge eine volle Bestätigung seiner scharfsinnigen Analyse der Demontage der Demokratie in Malaysia, aber auch eine Bestätigung für die Richtigkeit seines Apells, die Freiheit und die Demokratie zu verteidigen. Uns bleibt nichts anderes übrig!

Anita Chen

## Buchvorstellung

### Gewalt gegen Frauen in Malaysia

Joint Action Group against "Violence against Women", Proceedings of a workshop-cum-exhibition 23.-24. March 1985, Penang 1986

Die 80 Seiten Broschüre dokumentiert den Verlauf und die Ergebnisse eines 2-tägigen Workshops mit Ausstellung am 23./24. März 1985 zum Thema Gewalt gegen Frauen.

Die Veranstalterinnen dieses Workshops, zusammengeschlossen in einer Aktionsgruppe zu "Gewalt gegen Frauen", kommen aus verschiedenen Frauenorganisationen (Hilfsorganisation für Frauen, Rechtsanwältinnen, Universitäts-Frauengruppe), dem gewerkschaftlichen Bereich und von Verbraucherverbänden.

Nach 6-monatiger Vorbereitung wurden 4 Workshops angeboten zu den Themen:

- körperliche Gewalt (Vergewaltigung, geschlagene Frauen, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz)
- Prostitution
- Darstellung von Frauen in den Medien
- Rechtliche Aspekte

Begleitet wurden die Workshops von einer Ausstellung von 150 Plakaten zum Thema, die eine große Anzahl Interessierter anzog.

"Viele von uns Anwesenden fühlten, daß sie Teil dieses Pioniererfolgs waren. Zum ersten Mal nahmen wir, Männer und Frauen, Alte und Junge, freiwillig und entschlossen an einer offenen Diskussion teil und debattierten über ein Problem, das lange im verborgenen war, mit dem Ziel im Kopf, die Gewalt gegen Frauen in Malaysia abzuschaffen.

Als ein Resultat wird nun ein gemeinsames Memorandum als Ergänzungsantrag zu den unzureichenden Gesetzen zur Vergewaltigung erarbeitet und die Annahme eines Gesetzes zur häuslichen Gewalt ist in Vorbereitung." (Vorwort)

Mehrere hundert Teilnehmer/innen nahmen jeweils an den verschiedenen Workshops teil. In der Broschüre sind sowohl die Ergebnisprotokolle der Workshops abgedruckt, als auch die Texte der verabschiedeten Resolutionen; im Anhang sind Reformvorschläge und Gesetzestexte zum Strafrecht und zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt abgedruckt.

Die Schwäche des Workshops sei es gewesen, zu viel Themen auf einmal parallel angesprochen zu haben, was den Teilnehmerinnen eine Auswahl erschwert hat. So fehlte auch Zeit, um tiefergehender analysieren zu können und die komplexen Zusammenhänge, wie auch die unterschiedlichen Sichtweisen zum Thema Gewalt gegen Frauen ausdiskutieren zu können, was v.a. bei strittigen Problemen, wie zum Thema Prostitution, notwendig gewesen wäre.

Trotz aller Probleme und Mängel hat der erste Workshop der Aktionsgruppe zu "Gewalt gegen Frauen" dazu geführt, in der Öffentlichkeit Betroffenheit und Aufmerksamkeit zu wecken.

Die Broschüre gibt für alle Interessierten einen ganz übersichtlichen und knappen Einstieg zu dem Thema.

Susanne Wycisk

